

**Ansprache von Romani Rose am 15. Dezember 2016 in der Gedenkstätte  
Sachsenhausen - Bitte Sperrfrist 15. Dezember 2016 10.30 Uhr beachten!**

Sehr geehrte Frau Dr. Ley,  
Sehr geehrter Herr Dombrowski,  
liebe Überlebende,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der 16. Dezember 1942, als Himmler die familienweise Deportation unserer Menschen in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau angeordnet hat, hat sich tief in das kollektive Gedächtnis unserer Minderheit eingebrannt. Für uns Sinti und Roma ist dieses historische Datum untrennbar mit dem Verlust unserer Familienangehörigen verbunden. Der 16. Dezember 1942 markiert wie kaum ein anderes Datum einen tiefen Einschnitt in der Geschichte unserer Minderheit.

Als Folge des Himmler-Erlasses wurden nahezu 23.000 Angehörige unserer Minderheit aus ganz Europa, darunter weit über 10.000 aus Deutschland, in den Lagerabschnitt B II e des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau deportiert. Für die allermeisten Menschen war es eine Fahrt in den Tod. Sie fielen dem Terror und den unmenschlichen Lebensbedingungen zum Opfer oder mussten in den Gaskammern einen qualvollen Tod erleiden.

Auch der Name des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen steht für diesen radikalen Bruch mit allem, was Menschlichkeit und Zivilisation ausmachen. Hier, an diesem historischen Ort, wurden unsere Menschen gequält, erschlagen oder als

Sklavenarbeiter buchstäblich zu Tode gehetzt. Sie sollten, wie es in den überlieferten NS-Dokumenten unverhohlen heißt, „durch Arbeit vernichtet“ werden.

Sachsenhausen war Teil eines umfassenden Systems der Massenvernichtung. Das Netz der Konzentrationslager, der Erschießungsstätten und der Massengräber mit den ermordeten Angehörigen unserer Minderheit zieht sich über ganz Europa. Über eine halbe Million Sinti und Roma, davon ein großer Teil Kinder und Jugendliche, fielen dem staatlich organisierten Völkermord zum Opfer. Nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur lag ganz Europa in Trümmern, Millionen von Menschen hatten ihr Leben oder ihre Heimat verloren.

Nach diesem Zivilisationsbruch haben die europäischen Nationen in einem mühevollen Prozess der Versöhnung und des Zusammenwachsens eine Vision von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entwickelt, die das Fundament der europäischen Wertegemeinschaft bildet.

Heute scheinen lange Zeit selbstverständliche Errungenschaften der offenen demokratischen Gesellschaft zunehmend infrage gestellt. Nationalistische und populistische Bewegungen treiben die Spaltung Europas immer weiter voran. In vielen Ländern drohen eine weitere Polarisierung der Gesellschaft und eine Stärkung der politischen Ränder. Wir müssen beobachten, wie auch bei uns in Deutschland nationalistische und populistische Kräfte, die erneut ein menschenverachtendes „völkisches“ Denken propagieren, an Einfluss gewinnen.

Für uns Sinti und Roma bergen diese sich verschärfenden gesellschaftlichen Konflikte eine große Gefahr. Denn antidemokratische Strömungen brauchen Feindbilder, um die Ängste von Menschen für ihre politischen Zwecke auszubeuten. Dabei fällt Minderheiten stets die Rolle des Sündenbocks zu, mit denen Politiker vom eigenen Versagen ablenken können.

Mehrere wissenschaftliche Untersuchungen haben aufgezeigt, wie verbreitet feindliche Einstellungen gegenüber unserer Minderheit in der bundesdeutschen Bevölkerung sind. In den letzten Jahren hat der Anteil von Personen, die sich bei Umfragen abwertend über

Sinti und Roma äußern und Schritte zu ihrer Ausgrenzung befürworten, sogar noch zugenommen.

Die Wirkmacht der Feindbilder, die solchen Einstellungen zugrunde liegen, erklärt sich daraus, dass der Antiziganismus tief in der europäischen Geschichte verwurzelt ist und jederzeit abgerufen werden kann, gerade in Zeiten der Krise und der Verunsicherung.

Aus diesem Grund fordert der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma einen Expertenausschuss des Deutschen Bundestages, der sich, vergleichbar der Antisemitismus-Kommission, mit aktuellen Erscheinungsformen des Antiziganismus auseinandersetzt, regelmäßig Stellungnahmen dazu abgibt und Gegenstrategien entwickelt.

Beide Ideologien, der Antiziganismus wie der Antisemitismus, haben eine jahrhundertealte Geschichte, sie haben den Holocaust an 500.000 Sinti und Roma und sechs Millionen Juden mit ermöglicht. Historische Verantwortung jedoch ist unteilbar. Daher müssen Politik und Gesellschaft den offen wie den verdeckten Erscheinungsformen des Antiziganismus mit der gleichen Entschlossenheit begegnen, wie dies im Falle des Antisemitismus längst demokratischer Konsens ist.

In den Staaten Osteuropas fordert der Antiziganismus bereits Menschenleben. Ich möchte nur an die von rechtsextremen Tätern begangene Mordserie an Roma in Ungarn in den Jahren 2008 und 2009 erinnern, der sechs Menschen zum Opfer fielen, darunter ein vierjähriger Junge.

Aufgrund seiner Geschichte steht die Bundesrepublik in der Pflicht, jetzt ein Zeichen zu setzen. Ein Expertenausschuss des Deutschen Bundestages, der die Entwicklung des Antiziganismus kritisch beobachtet und bewertet, wäre ein wichtiges politisches Signal auch für unsere europäischen Nachbarn.

Wir müssen den Teufelskreis durchbrechen, dass gerade die gesellschaftlich erfolgreichen Sinti und Roma ihre Zugehörigkeit zur Minderheit oftmals nach außen verbergen, weil sie ansonsten berufliche Nachteile befürchten müssen. Das Bekenntnis

zur Minderheit darf kein Hindernis für Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe sein – nirgendwo in Europa.

Die Wahlerfolge der extremen Rechten in vielen Staaten sind zweifellos eine Bedrohung für unsere Minderheit. Doch sie zielen zugleich auf das Herz der Demokratie: auf die Zerstörung jener Werte, die unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhalten.

Europa, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat nur dann eine Zukunft, wenn es seine ureigensten Werte in Zeiten der Krise und der Bedrohung durch den Terrorismus nicht verrät. Was in Jahrzehnten mühsam errungen wurde, dürfen wir gerade jetzt nicht preisgeben.

Wir dürfen es nicht zulassen, dass Europa erneut in den Abgrund gerissen wird, sondern wir müssen uns der Erosion rechtsstaatlicher Prinzipien entgegenstellen. Demokratie und Menschenrechte müssen immer wieder aufs Neue erkämpft werden.

In diesem Sinne begreife ich das Vermächtnis all der unschuldigen Menschen, die an diesem historischen Ort auf grausame Weise sterben mussten.

Ich danke Ihnen.